

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbekannteren auf in allen Klassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Druckpreis: im Hause monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,80 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Reichshofstraße 1, 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18000
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr familiäre Sprechstunde

Abbestellungspreis: Die dreimal gestrichelte Abbestellungsfrist oder deren Raum 0,50 RM, für Familienangehörige 0,20 RM für die Restabnahme ausschließlich an den dreifachen Teil einer Zeitung 1,50 RM
Anzeigen-Annahme: wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt behält sich die Redaktion auf Forderung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Druckpreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 11. November 1929

Nummer 262

Uebertritt einer GPD-Reichstagsabgeordneten zur KPD!

Die Hamburger Volkszeitung 8 Tage vor den Wahlen verboten / Zwei schwere Eisenbahnunglücke, 7 Tote!

An die sozialdemokratischen Arbeiter!

Warum ich aus der GPD austrat und Mitglied der KPD wurde

Am heutigen Tage, dem Jahrestage der deutschen Revolution, trete ich aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in die Kommunistische Partei Deutschlands über. Mich haben alle Ereignisse der letzten Zeit überzeugt, daß die Politik der SPD nicht nur eine Reihe schwerer Fehler aufweist, sondern grundsätzlich den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderläuft.

Ich habe früher, wie viele Arbeiter in der SPD, an die Möglichkeit einer inneren Erneuerung der Partei geglaubt und es deshalb für meine Pflicht gehalten, im Rahmen der SPD in diesem Sinne zu wirken, um mitzuwirken zu helfen, daß bei dem unermüdlichen Entschlossenheitskampf zwischen Proletariat und Kapital die SPD auf die Seite des Klassenfeindes übertritt. Während meiner Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde es mir klar,

daß bei der Führerschaft der SPD nicht einmal mehr der Wille vorhanden ist, die sogenannten demokratischen Mittel für die Vertretung der Arbeiterinteressen anzuwenden.

Diese Arbeiter glauben, daß die Übernahme von Werten und Werten im kapitalistischen Staatsapparat einen Vorteil für das Proletariat bedeute, daß man auf diesem Wege die Staatsmacht erobern und den Sozialismus verwirklichen kann. Je mehr Sozialdemokraten aber zu Sinn und Würde gelangten, um so reaktionärer wurde der Kurs der Partei. Die Parteiführer gegen die Arbeiter. Es zeigte sich, daß die Parteiführer der Sozialdemokraten diese Funktionen nur deshalb übertrug, weil sie nur mit aktiver Hilfe der Sozialdemokraten ihre Unterdrückungs- und Terrorpolitik durchführen kann. Kurz so erklärt sich:

Daß — selbst bis weit in Bürgerkreise hinein aufklärte — unerschütterliche Verhältnisse des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jürgel am 1. Mai;

der trotz lebhafte Arbeiterprotesten bewilligte Festschloßbau;

die unter sozialdemokratischer Mitregierung von der Bourgeoisie rückwärts durchgeführten Löhnerhöhungen und dadurch erwirkte Senkung des Reallohnes;

der Abbau der sozialen Einrichtungen, insbesondere der Arbeitslosenversicherung;

die Steuererhöhungen an die Kapitalisten durch die Silberdingenleihe;

die weitere Massenbelastung durch das Zündholzmonopol und die geplanten weiteren Monopol- und Steuererhöhungen Silberdingenleihe;

das von Seering vorbereitete Republikstückgesetz, sowie das geplante Vereinigungsgesetz, das die reaktionären imperialistischen Gehehe an Brutalität und Arbeiterfeindschaft überbietet;

das Verbot von Arbeiter-Wehrorganisationen bei gleichzeitiger Forderung sozialistischer Wehrverbände.

In derselben Richtung liegt der Abschluß des Kartellvertrags mit der katholischen Kirche, der nur mit Hilfe der SPD möglich war und charakteristisch ist für den kulturreaktionären Kurs, den die SPD im Interesse der Aufrechterhaltung der Koalition mit dem Zentrum durchführt.

Dazu gehört weiter die jämmerliche imperialistische Politik der Sozialdemokratie gegenüber dem Weltkapital, die der Kriegspolitik des Weltkapitals gegen die Sowjetunion nicht nur Vorspann leistet, sondern die durch ihre Verleumdungstätigkeit die Bourgeoisie überführt, obwohl die Führer der Sozialdemokratie wissen, welche entscheidende Niederlage es für das gesamte Weltproletariat bedeuten würde, wenn es gelänge, Rußlands imperialistischen Versuch, ein sozialistisches Gemeinwesen aufzubauen, gewaltsam zum Scheitern zu bringen.

Die österreichischen Vorgänge beweisen, daß die Führer der SPD Österreichs, und zwar im vollen Einverständnis mit dem SPD-Parteivorstand, die österreichischen Arbeiter dem Faschismus ausliefern, bewußt deren Kampfwille brechen.

Wie weit diese Politik der ideologischen Vergiftung selbst in den Kreisen der unteren Partei- und Betriebs-

funktionäre gediehen ist, erlebte ich in erschütternder Weise in einer Parteiausführung in Hannover anlässlich der Vanserkreuzeraffäre. Dort verlangte man von mir Argumente für Ausreden, mit denen man gegenüber den importierten Betriebsarbeitern diese arbeiterfeindliche Politik der SPD rechtfertigen könnte und war über meine oppositionelle Haltung entrüstet.

Auch die vollkommene Veringlichung des Freiheitskampfes der Frau durch die Sozialdemokratie und ihre offen zur Schau getragene Wirkungslosigkeit der Fabrikarbeiterinnen und werksfähigen Frauen, die steigende Ausschaltung der Frau selbst in der Partei, wie sie besonders bei der Aufstellung der Kandidatenlisten bei Wahlen zum Ausbruch kommt, beweist auch in dieser Frage die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie.

Ueberzeugt davon, daß es innerhalb der Sozialdemokratie keine Umkehr mehr zu einer Arbeiterpolitik gibt, überzeugt davon, daß die Führung der SPD demütigt einen arbeiterfeindlichen Kurs durchführt, wobei ihr alle Mittel der Parlembuna und des Terrors faulig erscheinen, trete ich zur Kommunistischen Partei Deutschlands als der einzigen revolutionären Arbeiterpartei über.

Mein Mandat werde ich nicht niederlegen, sondern es innerhalb der kommunistischen Fraktion im Interesse aller Unterdrukten ausüben. Ich bin überzeugt, daß Hunderttausende sozialdemokratischer Wähler, die sich von der SPD betrogen fühlen, diesen Schritt billigen werden.

Ich fordere alle sozialdemokratisch organisierten Arbeiter auf, die, wie ich, schon lange über die Politik der SPD empört sind, mit der Sozialdemokratie zu brechen und in die KPD einzutreten.

Hannover, 9. November 1929

Maria Keeser, M. b. H.

Kommunistischer Wahlerfolg in Lübeck

KPD-Mandate von 5 auf 7 erhöht — Sozialdemokratische Koalitionsschlagen kommunistische Arbeiter Mut!

Lübeck, 11. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Am gestrigen Sonntag fanden die Wahlen zur 22. bürgerlichen Stadtverwaltung statt. Das Gesamtergebnis zeigt folgendes Bild (wobei die Stimmen und die Mandatszahlen der letzten Bürgerhaushaltswahl 1928 in Klammern vermerkt sind):

Kommunisten	6714 (4751)	7 Mandate (5)
Sozialdemokraten	33225 (31839)	34 Mandate (35)
Christl. Volkspartei	27888 (32940)	29 Mandate (36)
sonstige Parteien		
Demokraten	2612 (1719)	2 Mandate (2)
Zentrum	886 (866)	1 Mandat (1)
Haus- u. Grundbesitz	781 (—)	—
Nationalsozialisten	6338 (—)	6 Mandate (—)

Zu den Wahlen selbst ist zu bemerken, daß ein Reichsbannerkommando während des Wahltages unter Parteilokal in Lübeck zu Rürmen verfuhr, aber durch die revolutionäre Arbeiterpartei daran gehindert wurde. Ein anderes Reichsbannerkommando in Stärke von 70 Mann überfiel am Sonnabendabend 2 kommunistische Arbeiter, die auf der Straße mihandelt und blutiggeschlagen wurden. Ein großer Areal- und Demonstrationzug am Sonnabend war die Antwort darauf.

Unter kommunistischer Forderung

Böb tritt zurück

Berlin, 11. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie der NWV erfährt, ist damit zu rechnen, daß der Magistrat bereits in der auf Donnerstag angelegten Stadterordnetenversammlung den Rücktritt des Oberbürgermeisters Böb mitteilen wird.

Herr Böb kapituliert also vor dem kommunistischen Mißtrauensantrag, bevor dieser angenommen werden konnte.

Artikel 48 in Hamburg!

Hamburger Volkszeitung bis auf weiteres verboten

Hamburg, 10. November. (Eig. Drahtbericht.)

Am Freitag belegte ein polizeiliches Aufgebot die Druckereidrucke der kommunistischen Hamburger Volkszeitung und des für die Provinz Schleswig-Holstein erscheinenden Organs Norddeutsche Zeitung. Die Polizei überdachte eine Verordnung des Senats, der beschließen hat, auf Grund des berühmten Diktaturartikels 48 der Weimarer Verfassung das Erscheinen der Hamburger Volkszeitung und der Norddeutschen Zeitung, sowie etwaiger Ergänzblätter, bis auf weiteres zu verbieten.

Begründet wird das Verbot mit der Mitteilung, daß die beiden Organe zum Ungehörigen gegen die Gesetzgebung und gegen die polizeilichen Demonstrationen, sowie zu Gewalttätigkeiten aufgerufen und dadurch Veranlassung gegeben hätten, „daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet und gefährdet wurden“.

Artikel 48! Der hat hergehalten am Obersten Reichswahlamt in Sachen und Thüringen. Der hat zum Verbot der KPD Ende 1923 gebietet.

Jetzt verbietet man, eine Woche vor den Wahlen, die kommunistischen Organe für Hamburg, Lübeck, Altona und die ganze Provinz Schleswig-Holstein. Warum? Weil unser Hamburger Bruderblatt ganz mit Recht das sozialdemokratische Verbot der 7. November-Demonstration durch den sozialdemokratischen Parteivorstand als einen schmachvollen und zum Widerstand auferlegenden Akt charakterisiert hat. Darum werden „bis auf weiteres“ die kommunistischen Organe unterdrückt.

Wir wollen dem tiefsten Sinn dieses Mißbrauches nicht nachschweigen: In Hamburg, ebenso wie in Berlin, liegt die

Kommunistische Partei mit der Sozialdemokratie in erbittertem Kampfe um die Wehrheit der Arbeiterklasse. Für die deutsche Bourgeoisie ist es von ganz besonderer Bedeutung, ob in Hamburg, dem größten Import- und Exporthafen Europas, diesem Ausfall der deutschen Imperialismus, die Arbeiterklasse unter kommunistischer oder sozialdemokratischer Führung steht.

Unter sozialdemokratischer Führung — b. h. passiv, die Kapitalherrschafft dulden.

Unter kommunistischer Führung — b. h. in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die Arbeiter in der revolutionären Kampfstand schulen, für die Erringung der proletarischen Diktatur, für die Zerschlagung des ganzen Arbeitergenerationen bestehenden Bourgeoisplans.

Um die Massenbewegten Arbeiter ihres Sprachrohrs zu berauben, um die Kullierung über die arbeiterfeindliche Politik der Koalitionsregierung und des Hamburger Koalitionssenkens zu verhindern, um die Wahl am 17. November in eine Niederlage der kommunistischen Partei zu verwandeln, darum der schamlose Terrorakt des Hamburger Zeitungsverbot.

Mit beglückwünschen unsere beiden jetzt verbotenen Bruderorgane zu ihrer mutigen revolutionären Haltung und sind gewiß, daß unsere Genossen an der Wasserfront, vor allem in den Betrieben, genügend Mittel und Wege finden werden, um die von den Sozialfaschisten beabsichtigte Wirkung des Verbots illusorisch zu machen. Die Kommunisten und die Arbeiterklasse in ganz Deutschland müssen sie unterstützen.

Nieder mit dem weißen Terror der Sozialfaschisten!

Es lebe der Sieg der kommunistischen
Zieler am 17. November!

Der Wahlzug der SPD

Die von der Sozialdemokratischen Partei veranstaltete Kundgebung am 9. November zeigte der Führerschaft dieser Partei den Arbeitererzatz, daß die Arbeiter nicht müde sind, für die sozialdemokratische Republik zu demonstrieren, die Tausenden von Arbeitermännern, fanden sich nur schwache Teile der in den Arbeiterwohnvierteln, fanden sich nur schwache Teile der Arbeiterkassen ein. Die Kundgebung auf dem Platz vor dem Rathaus zeigte dann auch, daß es der SPD-Führerschaft nicht einmal gelang, ihre einflussreichen Parteimitglieder zu ihrer Wahlmobilisation zu bekommen. Die Rede des Stadtverordneten Böllsch, voll von demoralisierenden Phrasen, stellte einen neuen Beitrag an den Arbeiter dar. Dann wenn Böllsch erklärte, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften mit allen Mitteln gegen die Vorherrschaft der Reaktion auf Beilegung des 9. November und des 1. Mai als Feiertage kämpfen werden, so haben die Verhandlungen im Sächsischen Landtag das Gegenstück dazu. An dem Aufbruch, den die Sozialdemokraten nach ihrer Abreise vor dem Rathaus veranstalteten, und der nach dem Wilhelmplatz ging, nahmen circa 4500 Demonstranten teil. Während der Rede vor dem Rathaus und auf dem Wilhelmplatz und auch während der Demonstration sah man mehrere Gruppen von revolutionären Arbeitern in zifrigen Distrikten mit sozialdemokratischen Arbeitern, und viele von diesen erklärten, daß sie diesen Kammern nicht mehr länger mitmachen werden. Diese Arbeiter müssen jetzt ihren Worten die Tat folgen lassen und am nächsten Sonntag, dem 17. November, angeschlossen werden für die **Vite 4. Kommunistische Partei.**

Hilfer sucht neue Formen der Demagogie

Das Eintreten der Bauernpartei und damit auch des früheren bürgerlichen Kronprinzen Rupprecht gegen das Volkstheater hat Hilfer zu begrifflichen Auseinandersetzungen veranlaßt. — In ziemlich unverständlicher Form hat er dem Rupprecht (wobei natürlich sämtliche Bauernpräsidenten mitgemeint werden) zu verstehen gegeben, daß die Nazis sich nicht nur auf die monarchistische sondern auch auf die republikanische Demagogie berufen, und daß sie keine Ursache hätten, sich für die Rupprechts einzusetzen, weil die ihnen in den Händen waren. „Rupprecht oder Hilfer“, heißt also die Parole. Hilfer hat zwar rechtenermaßen bestritten, ein dahinschiebendes Ultimatum an Rupprecht zu haben, aber in seinen sämtlichen Erklärungen, in einem offenen Brief an Graf Coblen (dem Rabinettschef Rupprecht) und in einer großen Rede im Bürgerbräuereier seligen Gedenkens verkündet Hilfer immer wieder, daß er zwar ein Sozialist sei, daß die Frage der Staatsform, Monarchie oder Republik, sondern auf das „Wohl des deutschen Volkes“ ankomme, und daß man sich für eine Monarchie nicht einsetzen könne, wenn ihre Vertreter die Notwendigkeit der Zeit nicht erkennen, wenn sie zu sehr sind, sich offen auf jene Rechte zu stützen, die nach menschlicher Einsicht die Träger der kommenden geschichtlichen Entwicklung sein werden.“ Ausnahmeweise ist Herr Hilfer diesmal wirklich ehrlich: Der deutsche Bourgeois, für die er mit seiner republikanischen Demagogie zu sorgen hat, ist die ganze Monarchie oder Republik höchst gleichgültig, für sie kommt es auf die Erhaltung des höchstschmerzhaften an; und da die Republik offensichtlich gute Profiteure dem Kapital liefert, hat sie auch Grund, in diesen Augen Profiteure. Warum soll der Herr Hilfer nicht auch einmal republikanische Demagogie betreiben? Damit, daß die momentanen Kammer auf deutsche „Irrtümer“ fallen und hinter dem Ofen hervorgerufen werden, hat er ausnahmeweise recht; — und so wird er sich, wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft, zur Verführung verweilender Arbeiter und Kleinrentner im Interesse des Kapitals jener Whalonen bedienen, die seiner Meinung nach gerade im Augenblick den demagogischen Zweck am besten erfüllen. Monarchie und Republik — was hat das mit dem Herrn Hilfer zu tun? Hilfer ist der Profit des Kapitals, heilig sind seine Profiteure, die die Nazis und kapitalistischen Irre abblenden.

Peter Lampel verhaftet! / Racheakt des Bundes Oberland?

Berlin, 10. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Die politische Polizei hat dem Schriftsteller und Dramatiker Peter Martin Lampel auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Weing verhaftet, weil er angeblich an einem Rememord beteiligt sein soll. Wie allgemein bekannt ist, gehörte Lampel früher dem Bund Oberland in Oberhessen an, später trat er in Beziehung zur sozialdemokratischen Weingiger Volkspartei und entwarf sie dann nach links. Als Dramatiker gelang ihm als großer Erfolg das Natio-nalgedicht „Kriegs-rolle im Erziehungsheim“. Sein politisches Kampfbüchlein „Kriegs-rolle über Weing“ wurde zur Veröffentlichung nicht zugelassen. Am Sonntag fand die erste Vernehmung durch den Untersuchungsrichter beim Oberlandesgericht Weing statt, wobei Lampel jede Schuld bei Teilnahme an einem Rememord bestritt.

Obwohl kein abschließendes Urteil über den Verdacht und die Verhaftung Lampels gemacht werden kann, so ist doch zu vermuten, daß ein sehr hiesiger Lampel einflussreichen Moment darin liegt, daß man bei den Ältesten Lampels Aufzeichnungen über seine damalige Tätigkeit beim Weing Oberland gefunden hat. Diese Aufzeichnungen geben eine sehr lässliche Schilderung des Vorgangs bei dem Weing Oberland. Mit diesem Wort aber ist in diesen Aufzeichnungen von dem ihm zur Verfügung gekommenen der Rede, u. a. wird auch der Verstoß erwähnt, mit dem Lampel nach Auslage seiner Aufzeichnungen in Verbindung gebracht worden soll. Diese Aufzeichnungen bilden ein direktes Geständnis, denn es wird unterstellt werden, daß sich wenigstens in diesen privaten Aufzeichnungen

Deutsche Kulaken als Nährstoff der Antikommunisten

Die gesamte deutsche bürgerliche Presse, von den Nationalsozialisten bis zur Sozialdemokratie, hat in den letzten Tagen ein neues Argument für ihre Antikommunisten gefunden. Sie beschäftigen sich mit höchster Aufmerksamkeit und in reichster Aufmachung mit dem Schicksal von etwa 10.000 russischen Kulaken deutscher Nationalität, denen der Boden im Lande der proletarischen Diktatur zu sein gemeldet ist und die nun auswandern möchten (und die die Sowjetregierung auch ohne Bedenken überlassen läßt). Natürlich wird dieses Ereignis in allen Tonarten als Verweis für die angebliche Unterdrückung der Nationalität der Auswanderer, natürlich wird die deutsche Nationalität der Auswanderer (deren Familien im übrigen seit Jahrhunderten russische Staatsangehörige sind), als besonders zugünstiges Mittel der Antikommunistenpropaganda ausgenutzt und die deutsche Reichsregierung hilft dabei eifrig mit und indem sie sich als Vorkämpfer der Auswanderer betätigt und der deutschen bürgerlichen Presse entsprechende Anweisungen für ihre Presse erteilt. Da sich nämlich bisher niemand schanden hat, der die auswandernden Kulaken aufnehmen will, wird nun in Deutschland eine lebhaft Kampagne gegen die drohende „Rückkehr der Deutschen in die bürgerliche Welt“ veranstaltet — als ob die Sowjetregierung ein so großes Interesse an der Bewahrung der russischen „Gestalten“ hätte! Dabei werden die wahren Ursachen der Auswanderung, die — werden die wahren Ursachen der wahren reaktionären Propaganda der russischen Presse entlarvt werden, von dem Auswanderer selbst, der sich offen gegeben hat, daß er sich einerseits über den wirtschaftlichen Schaden, den er durch die Kollektivierungspolitik der Sowjetregierung erleiden — und andererseits fürchtet, daß durch die antireligiöse und kulturelle Arbeit der Sowjetregierung die Kinder der Väter entfremdet

Kapitulation der SPD und Demokraten auch in der Ehecheidungsfrage!

Eine Kulturkammer sondersgleich — Die SPD lehnt sich erfolgreich für das uneheliche Kind ein

Berlin, 10. November. (Eigener Bericht.)

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren werden die Sozialdemokraten und Demokraten in den Verhandlungen des Rechtsausschusses des Reichstages vor der Ablehnung der Haltung des Zentrums in den Fragen der Ehecheidungsreform kapitulieren. Da sie jedoch nicht vor den Wahlen bereits diese Kulturkammer auf sich nehmen wollen, versuchen sie mit geradezu beispiellosem Zynismus für Hunderttausende von Menschen so unendlich wichtigen Fragen bis nach den Ständeverordnungen zu verschleppen. So wurde in der Sitzungstagung vom 8. November vom Genossen Koslowitz als Vertreter der kommunistischen Fraktion festgestellt, daß ausgerechnet der Sozialdemokrat Landberg die Verschleppung der Verhandlungen über die Ehecheidung mit der lächerlichen Begründung durchgesetzt habe, daß die Tochter des Ausschussvorsitzenden Kahl plötzlich erkrankt sei. Natürlich handelt es sich eben um ein altes Verschleppungsmanöver, um später den reaktionären Wünschen des Zentrums, das hier seinen reaktionären Charakter ganz offen zeigt, gerecht zu werden. Diese Kulturkammer nimmt die Koalition auf sich, um die Regierungsbasis zu erhalten. Eine Meldung des „Montag Morgen“ zeigt dies deutlich. Nach dieser Meldung hielt der Reichskammer a. D. Marx am Sonntag anlässlich des einseitigen Wahlkampfes zum Thüringer Landtag eine Rede zur politischen Lage, wobei er erklärte, daß das Zentrum sich auf jeden Fall gegen eine fortschrittlichere Form der Ehecheidung wenden werde, selbst wenn dadurch die jetzige Koalition gesprengt würde. Wenn die Demokraten und Sozialdemokraten in der Ehecheidungsfrage nicht den Wünschen des Zentrums nachkämen, würde dieses aus der Regierung austreten. Diese Erklärung des Zentrumsführers Marx zeigt die ganze Verantwortlichkeit der sozialdemokratischen Koalitionspolitik, die so-

vor in bürgerlich-rechtlichen Fragen nicht einmal mehr den Versuch macht, gegen die ausgesprochenste schwarze Reaktion Stellung zu nehmen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Rechtsausschusses stellten bei der Frage der Gleichstellung die Kommunisten Anträge, die grundsätzlich eine Gleichstellung des ehelichen und des unehelichen Kindes mit sich bringen würden. Für diese kommunistischen Anträge stimmten nur Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Anträge, das unterhaltspflichtige Kind von 16 auf 21 Jahre und das Mütter, sondern nach der des Vaters festzusetzen, wurden gleichfalls von der Mehrheit abgelehnt. Eine lange Aussprache löste der Vater des unehelichen Kindes nach dem Mütter des unehelichen Kindes nach dem Eltern der Mutter beantragte. Die Sozialdemokraten erklärten hierzu, daß damit das uneheliche Kind in die Familie des Vaters eintrage und die Familienbande zerstöre. Die Kommunisten traten sofort verständlich als Anwalt der hierbei zugrunde liegenden Auffassung auf und leiteten sogar durch, daß Sozialdemokraten und ein Teil der Bürgerlichen mit den Kommunisten für die Streichung zweier wichtiger einschränkender Bestimmungen stimmten. So wurde die Bestimmung getroffen, daß die Eltern des Vaters nur den „notwendigsten Unterhalt“ zu leisten haben, des weiteren daß die Eltern des Vaters erst dann herangezogen werden können, wenn eine Zwangsversteigerung gegen den Vater erfolglos war. Die Streichung dieser Einschränkungen erfolgte durch kommunistischen Druck. Schließlich wurde noch eine Bestimmung auf Antrag der Kommunisten getroffen, die „notwendige Unterhaltung“ zugeht. Die durch die Kommunisten durchgeführte Stellung billigt nunmehr auch diesem Kinde den vollen Unterhalt zu.

Wann dem Dehmüller-Standal ein Ende gemacht?

Unfällefälle in Dessau und Altona — Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit — 7 Personen getötet, 10 Schwerverletzte, mehrere Verletzte

Der gestrige Sonntag brachte wieder zwei Eisenbahnkatastrophen, die zahlreichen Menschen das Leben kosteten. In Dessau umkehrte der Personenzug Blagowest-Weipitz, der wegen Umbauarbeiten auf dem Dessauer Bahnhof über die Güterbahnstrecke umgeleitet wurde. Hier entgleiste der Zug, wobei

4 Personen getötet und 7 schwer verletzt

wurden. Der „amtliche“ Bericht verflücht, daß die Verantwortlichen keinen „Schuld“ trifft; denn der Lokomotivführer sei zu schnell gefahren. Der Lokomotivführer ist eine Stunde nach dem Unfall im Krankenhaus eines Kadaververschickung aufgefunden worden, und nun ist es sehr bequem, ihm alle Schuld zuzuschreiben.

In Altona fuhr eine von Hamburg kommende Lokomotive früh um 3 Uhr in eine Straßenarbeiterkolonne hinein und tötete

zwei Arbeiter sofort, während zwei weitere kurz darauf ihren Verletzungen erlagen. Außerdem wurden 3 Arbeiter schwer und 4 leicht verletzt. Auch hier wird, wie immer, sofort der Weisensatz der Bürokratie in Bewegung gesetzt, der prompt zu berichten weiß, die Reichsbahnerverwaltung trage keine Schuld, denn es sei ein „Eisenbahnunfall“ ausgefallen worden.

Es ist aber schon so oft entgegen den amtlichen Meldungen festgestellt worden, daß nur um des Vorteiles der Reichsbahngesellschaft willen viele solche Unfälle erfolgen. Es wird gesagt, ein Personenzug, es wird gesagt, ein Personenzug und dem Wagenpark; so macht der Profit, der jährlich über 600 Millionen beträgt, und da kommt es den Reichsbahngesellschaften nicht darauf an, wenn einige tausend Menschen jährlich bei diesen Unfällen sterben, sondern nur, wenn ihre Güterwagen mit den Dampfern der Reichsbahngesellschaft ein Verbrechen an der öffentlichen Sicherheit. Das wird aber nur behauptet mit dem kapitalistischen Profitstreben überhaupt.

Neuer Kindesmord in Düsseldorf

Die „Freiheit“ in Düsseldorf ergab ein Schreiben vom Täter. Die Polizei war „mäßig“ gegen mehrere Arbeiterkinder.

In Düsseldorf wurde am Donnerstag die fünfjährige Gertrud Wilmers ermordet. Die Zahl der Morde in Düsseldorf nimmt in letzter Zeit ständig zu und läßt auf einen tiefen sozialen Zustand schließen. Die Polizei war nicht in der Lage, das Kind, das seit Donnerstag vermisst wurde, aufzufinden. Erst als unter Brüdern, die „Freiheit“ in Düsseldorf, durch ein Schreiben, das der Mörder selbst über den Tatort schrieb, in der Lage war, die Polizei zu informieren, konnte auch sie die kleine Leiche finden. Es ist charakteristisch für die Polizei, die großen „Mord“ gegenüber demontierenden Frauen und Kindern aufbringt, daß sie in diesem Falle, wo offenbar ein geistesgestörtes Kind zahlreiche Menschenleben vernichtet, sich „reiner“ verhält, als bei der ganzen Schmutz, die ein solches Verbrechen der Ordnungshüter ist einfach unbedeutend und demütig, daß sie nur ein Bürgerkriegsinstrument gegen Arbeiter ist, aber dort, wo es gilt, selbst ein Kranken in eine Anstalt zu bringen, nichts tut.

Wom Tag

Schweres Kraftwagenunglück — Zwei Tote

Am Sonntag, 7. Nov. um Mittwoh unternahm ein Kaufmann aus Königsbrunn mit seiner Frau und zwei Bekannten eine Kraftwagenfahrt nach Krauß. Infolge Unachtsamkeit des Führers geriet der Wagen unterwegs in den Straßengraben und stürzte um. Der Kaufmann und seine Frau wurden auf der Stelle getötet. Die beiden anderen Insassen schwer verletzt.

Folgen des Wohnungslebens

Am 7. Nov. Eine schwere Blattdiarrhoe wurde am Donnerstagmittag in einem Hause der Glatz-Strasse verurteilt. Ein bei einer Familie als Untermeister wohnender Poliermeister im Alter von 37 Jahren hatte mit seiner Frau eine heftige Wasserabsetzung, in deren Verlauf er der Frau mit einem Messer den Hals durchschnitt. Der Täter brachte sich darauf selbst auch einen Halswund zu. Der Täter brachte sich darauf selbst auch einen Halswund zu. Der Täter brachte sich darauf selbst auch einen Halswund zu. Der Täter brachte sich darauf selbst auch einen Halswund zu.

Familientragödie vor Gericht

Am 7. Nov. Vor dem Schwurgericht wurde eine ganze Familie auf dem Scheiterhaufen verurteilt. Der 37-jährige Adam Henkel, der ein inhumanes Familienregiment führte, war von seinem Schwiegerohn erschossen worden. Zwei Töchter, ein Sohn und die Mutter fanden mit dem Mörder vor dem Schwurgericht, weil sie die Tat begünstigt hatten. Das Gericht sprach Justizvollzugsanstalt von insgesamt 14 Jahren und 2 Jahren Gefängnis gegen die Angeklagten aus.

Wort vor dem Kirchenrat

Am 7. Nov. In der Kirche des Reichs bei Kropitz wurde in der Kirche eines Toten bei Kropitz begangen. Der 37-jährige Selbsteig wurde während des Gottesdienstes von einem Altar stehenden Mörder erschossen und schlug ihm mit einem Messer den Kopf ab. Der Mörder sollte bis zu dem Altar hin, die entlegenen Kirchenblätter nahmen den Mörder fest. Er gestand, daß er die Tat verübt habe, um die Ehre seiner Schwägerin zu rächen, weil der Ermordete Hoersing die Schwägerin und ganz nicht geliebt habe.

Dresden-Neustadt

H. Fleisch- u. Wurstwaren Albert Jähne

Metropol-Lichtspiele Windmühlensstraße 55

Walter Schmidt Nachf. Kurlandstraße 29

Feine Fleisch- und Wurstwaren Ewald Wolf

Meisterei-Brauerei Wg. Gierig

Restaurant zum Sportfreund

Heinrich Richter Markgrafenstraße 47

Dampf-Lohnwäscherei

St. Pauli-Apotheke

Porzellan Ed. Konrad Königsbrücker Straße 24

Neue Gaststätte F. Meier

Musik-Dunkel Königsbrücker Str. 2

Violoncello / Tineten / Teppiche Richard Weber

Warenhaus Meldner & Co. Bischofsplatz 8/10

Möbel MAX HÖHNEL

Neue Dresdner Beerdigungs-Anstalt 'CONCORDIA'

Sport- und Trikotagen Kaden

T.B. Lichtspiele Bischofsplatz 2-4

Kauf KOHLEN bei Kretzschmar & Münckel

Textilwaren Spezialität: Strick- u. Häkelwolle

Kaffee Alexander Beckert

Friedrich Wilhelm Feine Fleisch- und Wurstwaren

Lebensmittel jeden Donnerstag Schlachtfest

Moden-Warenhaus

Blattkalle Hermann Goldberg

Glau & Pötschke Mineralwasser-Fabrik

Büderei u. Konditorei Max Bogel

Lebensmittel-Herrmann

H. Mankisch Nachf. Uhren & Goldwaren

Hüte • Mützen • Herrenartikel

H. Fleisch- u. Wurstwaren Spezialität: Aufschnitt

Brillen Schenk

Karl Thomas Fleisch- und Wurstwaren

Musikhaus Otto Hauptstraße 8

Strümpfe Trikotagen Wäsche

Martin Waldeck

Kart Wünschmann

Wachtelshänke

Neue Gaststätte Adierhorst

Neue Gaststätte

Lebensmittel-Herrmann

H. Mankisch Nachf. Uhren & Goldwaren

Hüte • Mützen • Herrenartikel

H. Fleisch- u. Wurstwaren Spezialität: Aufschnitt

Brillen Schenk

Karl Thomas Fleisch- und Wurstwaren

Jul. Gubisch

Getränke zum Gedeckter

Zoologische Handlung

Lebensmittelhaus Alwin Blum

Bäckerei • Konditorei • Café

Möbelhaus 'Union'

Arbeiter, kauft eure Möbel nur bei König!

Erich Fischer

G. Werner

Verkehrskol der Arbeiterschaft

Onkel Willi

Restaurant Franz Hiltl

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Bruno Gerstenberger

Gitch-Ogg

Feine Illnessen

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Friedrich Klotz & m. B. Dresden

Eisenwaren • Werkzeuge

Erdmann Anders

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Dampfwäscherei 'Edelweiß'

Barbara-Apotheke

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Kaufhaus Fanger

Schokoladen Konitorei

Fleisch- u. Wurstwaren

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Alten- Metallwaren und Werkzeuge

Fisch-Oehme

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Blattkalle Paul Conrad

Schuhhaus Knobloch

Heinrich Hauswald

Bettfedern-Reinigung

Winkelmanns Restaurant

Uhren aller Art • Goldwaren

Ewald Löschor

Vogeländisches Musikhaus

Rebaisal-Drogerie G. Stephan

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte